

## **BESCHLUSSVORLAGE Nr. 27/2015**

<b>Beratungsfolge:</b>		<b>Sitzung am</b>
Internationaler Ausschuss	öffentlich	26.03.2015
Jugend- und Sozialausschuss	öffentlich	26.03.2015
Gemeinderat	öffentlich	21.04.2015

### **Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in Sindelfingen**

#### **ANTRAG:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung der Betroffenen die Integrationsarbeit und die politische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in unserer Stadt weiterzuentwickeln.
2. Der Weiterentwicklungsprozesses wird mit Hilfe externer Beratung durchgeführt. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Lenkungsausschusses den Auftrag zu vergeben.
3. Der Gemeinderat beschließt, dass die Mandatszeit der Sachkundigen des Internationalen Ausschusses bis zur Neubesetzung weiter läuft.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle des/der Integrationsbeauftragte/n mit einem Umfang von 100 % zum frühestmöglichen Zeitpunkt wiederzubesetzen.
5. Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 7/2013 vom 5.5.2013 ist damit erledigt.

## Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten:

(alle Beträge in EURO)			
<b>A. Vermögensbereich (Investitionen):</b>			
<b>Anschaffungs- / Herstellungskosten</b>			
<b>abzüglich Zuschüsse Dritter</b>			
<b>Zu finanzierender Betrag</b>			
<b>Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt: ja / nein</b>			
<b>B. Erfolgsbereich (Verwaltungshaushalt):</b>			
	<b>einmalig</b>	<b>laufend</b>	
<b>I. Kosten / Ausgaben</b>			
<b>1. Personal</b>		ca. 70.000	
<b>2. Sachmittel</b>	30.000		
<b>3. Kalkulatorische Kosten</b>			
<b>3.1. Abschreibung</b>			
<b>3.2. Verzinsung</b>			
<b>Gesamtkosten:</b>			
<b>II. Erlöse / Einnahmen</b>			
<b>III. Zuschussbedarf / Überschuss</b>	30.000	<b>70.000</b>	
<b>C. Mittelbereitstellung:</b>			
<b>Kostenstelle: 11140040</b>			
<b>Haushaltsplan/Wirtschaftsplan/ mittelfristige Finanzplanung</b>	<b>Planansatz</b>	<b>Mittelbedarf</b>	<b>überplanmäßig/ außerplanmäßig</b>
<b>2015</b>	100.000	100.000	

**Stellungnahme des Amtes für Finanzen:**

## **Sachdarstellung und Begründung:**

Verfasser/-in: Hans-Georg Burr

### **1. Einführung**

Sindelfingen hat sich in den letzten 80 Jahren von einer protestantischen Kleinstadt in eine internationale Stadt mittlerer Größe tiefgreifend gewandelt. Ein gelingendes Zusammenleben wurde durch die beispiellose wirtschaftliche Entwicklung und gemeinsames Arbeiten und Wohnen befördert. Fast alle Bevölkerungsgruppen konnten einen zumindest bescheidenen Wohlstand erlangen. Gelingende Nachbarschaften entwickelten sich in der städtischen Gemeinschaft. Exemplarisch konnte in verdichteten Wohngebieten an den Standorten der sozialen Stadt das Kennenlernen und die Gemeinsamkeiten in besonderer Weise befördert werden. Die Entwicklung des Zusammenlebens in unserer dynamischen Stadt ist eine Erfolgsgeschichte der Integration. Gleichwohl bleibt der Erwerb der Landessprache für die Zuwanderer wie das interkulturelle Verständnis untereinander eine langfristige Aufgabe. Die breite Zuwendung des freiwilligen Engagements gegenüber Flüchtlingen ist ein weiterer Meilenstein des bürgerschaftlichen Wirkens für die Integration aller Bewohnerinnen und Bewohner in unsere Stadt.

Welche Aufgaben kommen in dieser Entwicklung der politischen Gemeinschaft und der Stadtverwaltung zu? Sindelfingen hat sich früh diesen Fragen gewidmet, einen Ausländerbeauftragten eingestellt und eine „Arbeitsgemeinschaft Ausländerfragen“ gebildet, die in den Anfängen äußerst aktiv waren und die Grundlagen für kulturelle Vielfalt und eine gute soziale Infrastruktur in der Stadt gelegt haben. Es sind wichtige Institutionen gebildet und weiter entwickelt worden, wie das Internationale Straßenfest und der Christlich-Islamische Dialog.

Dennoch sind die Herausforderungen offensichtlich, die unser Gemeinwesen fordern. Neue Gewalt im Namen von Religionen, die täglich in den Medien zu sehen ist, und Tendenzen der Abschottung führen zu Unsicherheiten und erwecken neues Misstrauen in der Bürgerschaft. Auch der zunehmende Islamismus erfüllt uns mit Sorge.

Flüchtlinge in wieder größerer Zahl mit unterschiedlichen Nöten und aus ganz verschiedenen Kulturen fordern unsere Aufmerksamkeit. Wir benötigen eine Ausweitung und Vertiefung des Dialogs und des Miteinanders über alle Alters- und Bevölkerungsschichten. Die Institutionen in unserer Stadt wie Kindertagesstätten, Schulen, Kirchen, Vereine zeichnen sich durch Modernität, Offenheit und Sensibilität aus. Daher ist das Handlungspotenzial in dieser Entwicklung groß.

## 2. Prozess zur Weiterentwicklung der Integrationsarbeit

Die Verwaltung schlägt vor, einen Prozess zur Weiterentwicklung anzustoßen, um die kommunale Integrationsarbeit gemeinsam fortzuentwickeln. Die Beteiligung des Gemeinderats und der relevanten Gruppen ist selbstverständlich. Die verschiedenen Meinungsbilder in der Stadt sollen benannt und soweit möglich in einer Konzeption zusammengeführt werden. Ziel sollte es sein, eine Standortbestimmung für unsere Stadt zu erlangen und einen pragmatischen Handlungsauftrag zu formulieren, den wir nach einem vernünftigen Zeitraum überprüfen können.

Mit dem geplanten Budget von EUR 30.000 wird externe Beratung finanziert und es werden Veranstaltungen mit den Beteiligten durchgeführt.

Die Verwaltung holt Angebote für die externe fachliche Begleitung ein. Die Auswahl trifft der Ältestenrat. Er bildet nur für diesen Startpunkt den Lenkungsausschuss. Zum Zeitpunkt der Besetzung der Stelle des/der Integrationsbeauftragten wird der Prozess im Detail gestartet. Dem Internationalen Ausschuss werden zuvor der Projektplan und die Projektorganisation vorgelegt.

Die erste Veranstaltung ist bereits geplant. Für den 23.04.2015 hat Herr Oberbürgermeister Dr. Vöhringer die Vorsitzende/n der Internationalen Vereine zu einem Treffen eingeladen. Ziel ist es dabei, Vorschläge für die künftige Gestaltung der Integrationsarbeit aufzunehmen und in einen allgemeinen Austausch zu treten.

Darauf kann eine Anhörung von Expertinnen und Experten zu den genannten Themen folgen. Diese sind anschließend in einem Workshop mit Vertretungen des Gemeinderats und der betroffenen Gruppen zu vertiefen. Daraus entsteht ein Rahmen für die künftige Integrationsarbeit in unserer Stadt, den alle Akteure und maßgeblich die neue Stelleninhaberin/ der neue Stelleninhaber auszufüllen haben.

Weitere wichtige Themen sind z.B.:

- Entwicklung einer nachhaltigen Willkommenskultur in Stadt und Verwaltung
- Erarbeitung eines Leitbildes des Zusammenlebens in unserer Stadt
- Klärung der politischen Teilhabe aller Bewohnerinnen und Bewohner

Die Verwaltung arbeitet für und hofft auf eine gute Beteiligung der angesprochenen Vereine und Institutionen. Nur mit einer aktiven Teilnahme aller wird der Prozess gelingen.

### **3. Mandatszeit der Sachkundigen des Internationalen Ausschusses**

Die Verwaltung empfiehlt, die Mandatszeit der Sachkundigen des Internationalen Ausschusses bis zur Neubesetzung weiter laufen zu lassen. Die Neuregelung der politischen Vertretung der in Sindelfingen lebenden Bürgerinnen und Bürger ist ein wichtiges Thema der Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in Sindelfingen.

---

### **4. Stellenumfang für die zu besetzende Stelle der/des Integrationsbeauftragten**

Die Integrationsarbeit in unserer Stadt kann nur von einer hauptamtlichen Fachkraft in der Stadtverwaltung begleitet und koordiniert werden. Die Tätigkeiten werden auch in den nächsten Jahren umfangreich sein.

Die bekannten Tätigkeitsbereiche sind:

- der Bildungsbereich
- die Begleitung der politischen Teilhabe
- die Unterstützung in der Migrationsarbeit und für die internationalen Vereine.

Weitere Aufgaben kommen hinzu:

- nach dem Leitprojekt 13 des Strategieprozesses soll ein Forum der Kulturen aufgebaut werden (die Eckpunkte sind in einer kommenden Sitzungsvorlage festzulegen)
- der Aufbau eines Kultur- und Bürgerzentrum hat u.a. die Aufgabe, internationale Vereine darin aufzunehmen.

Diese Aufgaben sind absehbar nur mit einer Vollzeitstelle zu leisten. Daher beantragt die Verwaltung die Besetzung der Stelle mit einem Umfang von 100 %. Wir bereiten die Besetzung zum frühestmöglichen Zeitpunkt vor.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 5.5.2013 (Nr. 7/2013) ist mit der Beschlussfassung erledigt.

Sindelfingen, 20.03.2015

Hans-Georg Burr

Anlage: SPD-Antrag 7/2013